

Antrag der AKL NRW

Thyssen-Krupp und Stahlindustrie vergesellschaften - jetzt !

Der Thyssen-Krupp-Konzern hätte, wenn es mit rechten Dingen zuginge, Erklärungsbedarf gegenüber der Politik in Bund und Land, nachdem der Konzern erst vergangenes Jahr einen Förderbescheid von zwei Milliarden Euro zu Erhalt und Neuausrichtung der Standorte erhalten hat. Nun erklärt dieser Konzern seine Pläne zur „strukturellen Neuaufstellung“:

Was daran „strukturell“ sein soll ist vor allem die Vernichtung tausender Arbeitsplätze sowie die Sicherung der Aktionäre. Der Konzern möchte seine Produktion um etwa zwei Millionen Tonnen Stahl reduzieren. Dies soll auch mit einem Stellenabbau einhergehen. Wie viele Jobs genau wegfallen sollen, ist noch nicht bekannt. In der Sparte arbeiten derzeit etwa 27.000 Menschen, davon 13.000 in Duisburg.

Mit einer Reduzierung der Produktionskapazitäten in Duisburg wolle man sich „auf die anhaltend schwierigen - sowohl wirtschaftlichen als auch politischen - Marktbedingungen einstellen“.

Zu diesen „schlechten Bedingungen“ gehören die „- vor allem in Deutschland - hohen und durch klimapolitische Zielsetzungen weiter steigenden Energiekosten“, heißt es in einer Pressemitteilung des Konzerns, „sowie ein ungebremst steigender Importdruck, überwiegend aus Asien, und eine sich weiterhin verschlechternde Handelsbilanz Stahl.“

Dazu Thyssen Vorstandschef López: *«Wir wollen einen Stahl, der nachhaltig Geld verdient - und zwar so viel Geld, dass wir die Transformation hin zu grünem Stahl schaffen», sagte López. Dies tue man auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland, um die Versorgung der heimischen Industrie mit Qualitätsstahl zu sichern. Die staatliche Förderung der Direktreduktionsanlage sei deshalb eine wichtige Investition in Deutschlands grüne Transformation. «Vor allem machen wir das aber für unsere eigene Zukunft und für unsere hervorragende Belegschaft bei Thyssenkrupp - denn nur ein erfolgreiches Unternehmen kann langfristig sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten.»*

Derselbe López sagt ein Interview weiter: *„Bisher ist nur für einen die grüne Transformations-Perspektive geklärt - und das mit großer staatlicher Unterstützung, für die wir sehr dankbar sind. Für alle anderen Hochöfen bleibt sie aber offen.“*

Mit anderen Worten: *„Entweder die Steuerzahler finanzieren unser Geschäft für die Zukunft, oder wir sorgen durch Entlassungen dafür, dass das weniger Steuerzahler gibt. Leider können wir nicht anders, weil Markt und so.“*

Schöner kann ein Vorstand einer kapitalistischen Gesellschaft kaum lügen.

Die Aussage ist, man müsse Geld verdienen (nachdem man die 2 Milliarden irgendwie verbummelt hat), um die Stahlproduktion ökologisch erträglich zu machen UND - weiterhin Geld verdienen zu können. Die Lösung ist: „Stellenabbau“ und laut jammern, dass Energie so teuer sei (die Wasserstoffumstellung könnte das lösen wenn ... Tja wenn man das wollte, dafür gabs doch schon 2 Milliarden?!).

Auch ein Lösungsanteil soll sein: Weniger Stahl produzieren.

Hier wird deutlich, wie irrsinnig kapitalistische Logiken ausgehen, wenn sie nicht konsequent unterbrochen werden.

Dabei sind die Lösungen weder unbekannt noch schwierig zu verstehen:

Klar ist: Die Beschäftigten des Thyssenkrupp-Konzerns haben die aktuelle Krise, die wie bei jeder Stahlkrise der letzten Jahrzehnte eine Mischung aus Überproduktionskrise, weil der Weltmarkt gesättigt ist, Managementfehlern und vor allem der gewaltigen Ignoranz gegenüber des begonnenen Klimakollaps ist, nicht zu verantworten.

Sie sollen jedoch (wie immer im Kapitalismus) die Rechnung für diese Krise bezahlen.

Wir fordern daher ein Verbot von Entlassungen, außer für Vorstände und leitende Manager.

Stahl ist einer der meistverwendeten Werkstoffe. Viele notwendige Produkte, wie Gleise, Brücken, Wohnhäuser etc. kommen ohne ihn nicht aus. Aber auch unnötige und gefährliche Produkte, wie Rüstungsgüter, werden aus Stahl hergestellt.

Die Gewinnung von Roheisen und die Herstellung von Rohstahl ist bisher ein sehr klimaschädlicher Prozess. Zum Herauslösen des Roheisens aus dem Erz werden bisher noch große Mengen Koks benötigt. Der überschüssige Kohlenstoff im Roheisen muss in einem zweiten Schritt energieaufwändig herausgeholt werden.

Hierbei entstehen pro Tonne Stahl 2 Tonnen CO₂. Die hohen Energiemengen und (Temperaturen von ca. 1500 °C) für die Schmelze können aber auch auf eine andere Art und Weise bereitgestellt werden – und zwar durch grünen Wasserstoff. Grüner Wasserstoff entsteht, wenn Windräder oder andere karbonfreie Energieerzeugungsanlagen Elektrolyseure (Gewinnung von Wasserstoff durch Elektrolyse) mit Strom versorgen, welcher im Moment seiner Erzeugung nicht mehr ins Netz eingespeist werden kann, oder Fotovoltaikanlagen dazu genutzt werden. Dieser Prozess hat einen geringen Wirkungsgrad (durch die Umwandlung elektrischer Energie in Wasserstoff) und ist nur dann ökologisch vertretbar, wenn ansonsten gar keine nutzbare grüne Energie erzeugt würde (Abschaltung). Sehr wichtig ist auch die Herkunft des Wassers. Offensichtlich falsch wäre es, Trinkwasser, das bereits heute knapp ist, zu verwenden, um Energie für die Stahlherstellung zu erzeugen.

Für die deutsche Stahlproduktion (ca. 47 Mill. t/anno) würde die Leistung von ca. 500 – 1.000 Windrädern (je nach Leistungsklasse (6 – 12,5 MW) benötigt, um ausreichend grünen Wasserstoff herzustellen. Fotovoltaikanlagen können das ergänzen. Der Ausbau von Windkraftwerken und die Potentialnutzung für Fotovoltaikanlagen (Dächer, Brachflächen, Straßen und andere Verkehrswege), sind also der Schlüssel für die ökologische Konversion der Stahlerzeugung. Auch in Zukunft wird Stahl für gesellschaftlich wichtige Produkte, wie Gleise, Züge, Busse, Fahrräder oder technische Bauteile und vor allem für karbonfreie Energieerzeugungsanlagen benötigt. Stahl ist – auch für eine Energiewende – ein systemrelevanter Werkstoff! Daher gehört die Stahlproduktion, ähnlich wie auch das Gesundheitswesen und andere Bereiche der Daseinsfürsorge, in öffentliche Hand und darf nicht der Profitmaximierung von Kapitalanlegern unterworfen werden. Die Produktion von Kriegswaffen hingegen ist gesellschaftlich nicht relevant, genauso wenig wie die Herstellung von Statussymbolen. Wir fordern daher neue, sozial-ökologische Unternehmensziele für den Thyssenkrupp-Konzern:

Weniger Ressourcenverbrauch, mehr Recycling, mehr Einsparungen und in der Folge eine reduzierte, wasserstoffbasierte Stahlproduktion. Solche Ziele können nicht mit einer Markt- und Gewinnorientierung realisiert werden. Neue Eigentumsformen sind also erforderlich.

Die IG-Metall forderte bereits in der ersten großen Stahlkrise 1985, in ihrem „Stahlmanifest“, systemrelevante Produktionen zu vergesellschaften. Daher ist

es unverständlich, dass dieselbe IG-Metall jetzt die einzige Lösungsfähige Forderung nicht mehr stellt.

Wir fordern die Vergesellschaftung,

bedeutet für uns keineswegs nur den einfachen Ersatz von privatem Kapital durch öffentliche Mittel, bzw. Anteilseigner. Erforderlich ist zudem eine ordnungspolitische Regulation des Marktes. Es ist unverantwortlich, die Möglichkeiten zu einer ökologisch erträglichen Stahlproduktion zu verspielen, weil schmutziger Stahl auf dem Weltmarkt zeitweise billiger ist. Erreicht werden muss auch eine Demokratisierung von Management und Entscheidungsstrukturen. In welcher Form dies erreicht wird, wird in den Betrieben demokratisch entschieden werden müssen. Praktisch kann das auf ein betriebliches Rätssystem hinauslaufen. Die Beschränkung der Produktion auf gesellschaftlich relevante Güter und die damit verbundene Abschaffung der kapitalistischen Überproduktion erfordern ebenfalls eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Kurzfristig würde das die Einführung der von der LINKEN geforderten 4-Tage-Woche bedeuten.

Die Sicherung der Arbeitsplätze und die parallel nötige Dekarbonisierung verlangen einen mittelfristigen Prozess, in dem die sozialen und die ökologischen Ziele statt der Profitinteressen absolute Priorität haben.

Der wieder auf der Tagesordnung stehende Einstieg durch Fremdkapital, aktuell durch den tschechischen international tätigen Stahlhersteller Kretenzky ist unbedingt zu verhindern. Die Folgen für die Belegschaft und die Steuerbarkeit im Sinne einer sozialökologischen Wende wären verheerend.

Stattdessen fordern wir die Vergesellschaftung der Stahlindustrie und die Einbindung in ein ökologisches und soziales Gesamtkonzept.

Die Vergesellschaftung muss mit dem Ziel erfolgen, zunächst ThyssenKrupp und mittelfristig die gesamte deutsche Stahlindustrie so zu strukturieren, dass:

- alle Arbeitsplätze ausnahmslos erhalten werden,
- der Umbau der Stahlerzeugung zu einer nachhaltigen „Null- Treibhausgas – Industrie“ erfolgen kann,
- der Beitrag zur CO2 Reduzierung geeignet ist, den Klimakollaps nach Möglichkeit abzumildern
- die Mitarbeiter die strategischen und operativen Unternehmensentscheidungen im Rahmen einer sozialen und ökologischen Zielsetzung demokratisch bestimmen.